

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringertobn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Beleggeld vierteljährlich 90 Pf., monatlich 30 Pf., Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Tel. 4698. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 4598

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle über deren Raum 1.90 Mk., bei Vorauszahlung 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — **Telefon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseratenannahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkshäuser entgegen.

Streik der englischen Bergarbeiter. Annahme des Gesetzes über den Ausnahmezustand.

Amsterdam, 26. Oktober. Telegramm zufolge hat das Unterhaus in zweiter Lesung die Bill über den Ausnahmezustand mit 257 gegen 57 Stimmen angenommen. Der Führer der Arbeiterpartei Henderson und der Führer der Eisenbahner Thomas veranlaßten die Verschiebung der Beratung über das Gesetz. Bonar Law entgegnete ihnen aber, die Regierung erwarte die Zustimmung des Gesetzes als notwendig, und sie verlange die Vornahme der zweiten Lesung und die endgültige Abstimmung.

Bonar Law stellte entschieden in Abrede, daß die Bill einen Angriff auf die Gewerbefreiheit bedeute, und sagte, sie werde nur in Kraft treten, wenn eine Aktion erfolge oder drohe, die zum Ziele habe, den Staat der ihm notwendigen Lebensbedürfnisse zu berauben. Bonar Law erklärte, die Bill würde sicher als Herausforderung empfunden werden, wenn sie später — sollten die Verhandlungen, die jetzt wieder aufgenommen worden sind, in ein freiliches Stadium treten — zur Verhandlung kommen sollte.

Offizielle Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und der Regierung.

Paris, 27. Oktober. (II.) Zur Ausstandsbewegung der englischen Bergarbeiter wird aus London unterm 26. gedrahlet, das Exekutivkomitee der Bergarbeiter habe nunmehr beschlossen, in offizielle Verhandlungen mit der Regierung einzutreten.

Erfolg der streikenden Bremer Staatsarbeiter.

Berlin, den 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Freiheit meldet aus Bremen: Der Streik der Staatsarbeiter in Bremen endete mit einem Erfolg der Streikenden. Der Senat, der sich auf den Standpunkt gestellt hatte, nicht zu verhandeln und nichts zu gewähren, wurde zu belidem gezwungen. Unter Hinzuziehung eines Reichsbeamten wurden nach langwierigen Verhandlungen folgende Zugeständnisse gemacht.

Es erhalten ledige Staatsarbeiter über 21 Jahre 5 Mk. Zulage pro Woche, Verheiratete 12 Mk. Das Kindergeld wird von 6 Mk. auf 9 Mk. erhöht. Selbst diese geringfügige Lohnerhöhung wollte der Senat, welcher eine Preisfrage daraus gemacht hatte, erst nicht anerkennen.

Die Staatsarbeiter waren sich selbst darüber klar, daß diese Zugeständnisse nur eine kleine Abschlagszahlung darstellen. Um jedoch die Not der Bevölkerung nicht zu vergrößern und weitere Aussperrungen der Industriearbeiter zu vermeiden, nahmen sie den Vergleichsvorschlag an, dem nun auch der Senat zugestimmt hat. Die Arbeit wird Mittwoch früh geschlossen wieder aufgenommen. Maßregelungen erfolgen nicht. Auch die Privatindustrie nimmt heute die Arbeit in vollem Umfang wieder auf.

Die Rechtssozialisten und der Kampf um die Sozialisierung.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Vorwärts veröffentlicht heute morgen einen Aufruf des Parteivorstandes an die Partei, in dem es unter anderem heißt: „Wir rufen die Genossen im Lande auf, uns beschließen zu sein, um alle reaktionären Verschwörungen gegen die Republik aufzudecken und im Keime unschädlich zu machen. Helft uns, das letzte reaktionäre Waffennest auszurotten.“ Weiter die Sozialisierung des Kohlenbergbaus sagt der Aufruf: „Die Regierung hat einen Entwurf zur Sozialisierung des Kohlenbergbaus angekündigt. Aber die Art ihrer Zustimmung rechtfertigt die stärksten Zweifel, ob es ihr mit ihrer Ankündigung ernst ist, und ob sie die Kraft und den Willen finden wird, ihr Versprechen durchzuführen. Die Berggesellschaft der Bodenschätze streift die Grundlage für den Aufbau einer künftigen sozialistischen Wirtschaft. Darum ist der Kampf um die Sozialisierung des Kohlenbergbaus von entscheidender Bedeutung. In den sozialen Kämpfen der Gegenwart nimmt er eine ähnliche übertragende Stellung, wie einst der Wahlrechtskampf in den politischen Kämpfen der Vergangenheit ein. Unsere Aufgabe wird es sein, durch den Druck der öffentlichen Meinung den Widerstand der Grundbesitzer und des ganzen mit ihnen verbündeten Privatkapitals zu brechen.“

Die Rechtssozialisten werden vor allem beweisen müssen, daß sie den Kampf nicht nur mit großen Worten führen wollen, sondern bereit sind, den Worten auch die notwendigen Taten folgen zu lassen. Von dem Gesetzentwurf unserer Fraktion scheint der Parteivorstand übrigens noch nichts zu wissen. Wahrscheinlich erhält er die linkssozialistische Presse nach den Methoden Wilhelm II. nur in Ausschnitten. Der Sinn dieses ganzen Aufrufs scheint darin zu liegen, daß die Partei sich bereit macht, in spätestens der zweiten Hälfte des Winters die Regierung wieder zu übernehmen.

Das Urteil im Dresdner Köhlz-Prozess.

Dresden, 27. Oktober. (II.) Nach dem Wahrspruch der Geschworenen wurden die Angeklagten im Köhlzprozeß teilweise der vorläufigen Brandstiftung und teilweise der Beihilfe zur Brand-

stiftung für schuldig befunden. Das um Mitternacht verurteilte Urteil lautet: Bergarbeiter Seidel aus Schedewitz 4 Jahre Zuchthaus, Mechaniker Weise aus Dresden 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Fleischer Blich aus Boguskiß 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Bauarbeiter Singer aus Wildenau 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Bergarbeiter Dürschmidt aus Reudersfel 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Handlungsgehilfe Stiebler aus Plauen 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Geschäftsführer Röhler aus Unterrosrau 2 Jahre Zuchthaus, Weber Bohland aus Falkenstein 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus; sämtliche Angeklagten wurden außerdem zu je 5 Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt, außerdem der Techniker Fraack aus Plauen zu 9 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Vorbereitungen für die Ausrufung der rheinischen Republik.

Düsseldorf, 26. Oktober. (II.) Auf dem niederrheinischen Parteitag der U. S. P. D. machte der Vorsitzende Peter Verten aufsehenerregende Mitteilungen über Vorbereitungen zur Ausrufung der rheinischen Republik. Im Industriebezirk werde die Ausrufung einer Armee von 10000 Mann betrieben, die für die Sache der Dorten-Freunde bestimmt sei. Die Kommunisten hätten an der Sache regen Anteil. Der unabhängige Parteitag sprach sich gegen die Vorbereitung für eine rheinische Republik aus, die eine schwere Gefahr für das Proletariat bedeute.

Frankreichs Plan zur Lösung der Wiederherstellungsfrage.

Haag, 27. Oktober. (II.) Nach der Times hat die letzte Note Frankreichs an England über den Weg, auf dem die deutsche Kriegesfähigkeit zu zerstören ist, folgenden Inhalt: 1. Es wird eine Sachverständigenkonferenz, der Hauptmächte, Belgien eingeschlossen, einberufen, die von dem Wiederherstellungsausschuß einberufen wird und die die deutschen Vorschläge (Proposals), die von den deutschen Sachverständigen vorliegen, untersucht. 2. Der Wiederherstellungsausschuß macht auf Grund dieser Konferenz einen Bericht an die alliierten Regierungen. 3. Die alliierten Regierungen prüfen diesen Bericht auf der Konferenz in Genf. 4. Die deutschen Vertreter werden dorthin berufen, um wie in Spa zum Thema gehört zu werden. 5. Das Ergebnis der Konferenz von Genf geht wieder an den Wiederherstellungsausschuß. 6. Die Wiederherstellungskommission, die bereits im Besitz der Schiedensurteilung der verschiedenen Regierungen ist, kann nun ihre endgültige Stellungnahme vornehmen. 7. Diese letzte Entscheidung geht an den Obersten Rat, der von ihr Kenntnis nimmt und entscheidet, welche Maßnahmen zu einer neuen Konferenz zu treffen sind.

Der polnische Eroberungszug gegen Litauen.

Berlin, 27. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Kopenhagen und Rotterdam kommen Nachrichten, nach denen ein neuer heftiger Kampf zwischen den Polen und Litauern entbrannt ist. General Jeligowski, der bekanntlich im geheimen Auftrag der polnischen Regierung Wilna besetzte, ist offenbar in Lebensmittelmangel geraten und versucht, mit seinen Truppen im Norden bis nach Rowno vorzustoßen. Da die litauische Regierung über keinerlei ausgebildete kampffähige Truppen verfügt, so ist die Entscheidung nicht zweifelhaft. Polen wird dann die litauische Regierung völlig aus ihrem Lande vertreiben. Die Folge wird ein Marodeur- und Bandenkrieg der litauischen Bevölkerung sein, die das polnische Joch nicht zu ertragen gewillt ist. Die englische Presse ist höchst empört über das Verhalten der polnischen Truppen, während die französischen im allgemeinen mit Stillschweigen oder mit Geringschätzung den polnischen Vormarsch begrüßt. Schon diese Tatsache weist darauf hin, daß in den Fragen der Randstaaten sich zwischen Frankreich und England ein größerer Konflikt abbahnt, der noch schwere Folgen nach sich ziehen dürfte.

Annahme des Vorfriedensvertrags durch das polnische Parlament.

Warschau, 23. Oktober. (Funkspruch.) In der heutigen Sitzung wurden der Waffenstillstands- und der Vorfriedensvertrag mit Sowjetrußland einstimmig angenommen und das Oberhaupt zur Aushandlung der Ratifikation im Namen der polnischen Republik ermächtigt.

Eine antibolschewistische Militärkonvention.

Warschau, 26. Oktober. Polen, Rumänien, Ungarn und Finnland haben eine Militärkonvention für die Dauer von drei Jahren vereinbart. Jeder der vertragsschließenden Teile ist im Falle eines bolschewistischen Angriffs verpflichtet, den Verbündeten militärische Hilfe zu leisten.

Die USP. in München.

Wie der Freiheit aus München gemeldet wird, beschloß die außerordentliche Generalsversammlung der Verlagsgenossenschaft Der Kampf mit 104 gegen 98 Stimmen, daß das Genossenschaftsorgan Der Kampf wie bisher im Sinne des Leipziger Aktionsprogramms weitergeführt werden soll.

Vorbereitung zur Gegenrevolution. Entlassung der Orgeß in Sachsen.

Wie in Bayern, in Ostpreußen und andern Teilen des Reichs rüsten auch in Sachsen die Reaktionen aller Schattierungen zu einer neuen gewaltsamen Erhebung, um der Arbeiterherrschaft die letzten kümmerlichen Reste der Revolutionserkenntnisse wieder zu entreißen und eine brutale Militärdiktatur, die ihre Krönung in der Monarchie findet, zu errichten. Das war war auch bisher nichts Neues, jetzt ist aber der dokumentarische Beweis erbracht, daß an der Vorbereitung dieses Putschs systematisch alle Stützen der bürgerlichen Ordnung, als da sind: Bürgererrat, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Deutschnationale Volkspartei, Offiziere der Sicherheitspolizei, Reichswehr und Geheimräte beteiligt sind.

Die Chemnitzer Volkstimme ist in der Lage, folgenden Plan zu veröffentlichen:

Am 20. Mai traten in der Eintracht in Chemnitz auf Einladung des Bürgerrates folgende Vereinigungen zusammen: Der Deutsche Offiziersbund, Verein ehemaliger Einjähriger, Verein nationalgesinnter Frontsoldaten, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband und Akademikergruppe der Deutschnationalen Volkspartei. Die Einladung war unterzeichnet von einem Vertreter des Bürgerrates W. Becker und einem Oberlehrer Ebersbach. Letzterer führte den Vorsitz und Becker hatte das Sekretariat übernommen. In dieser Versammlung wurde die Gründung eines Vereins „Stahlhelm“ beschlossen. Der Zweck dieses Vereins gegenüber wurde dieser Verein als Interessenvertretung ehemaliger Frontoffiziere und Offiziersanwärter dargestellt, in Wirklichkeit aber handelte es sich um einen bewaffneten Zusammenschluß, den man begründet mit der Abwehr linksradikaler Putschs, der aber ausgesprochenemmaßen auch den Zweck verfolgte, mit den Waffen in der Hand die Revolution zu kürzen.

Im Saale der Reformschule wurde am nächsten Tage die militärische Gliederung vollzogen: Gruppen und Züge wurden eingeteilt, Kommandeure und Führer gewählt. Die Führer der einzelnen militärischen Gruppen sind: Oberleutnant von Scheel, Leutnant D. R. Koch, Leutnant D. R. Hoffmann und Oberleutnant A. Ebersbach. Letzterer ist der Generalkommando- und Verbindungsleiter für den Bezirk Westsachsen, ein Mitglied von der Landesleitung der Orgeß in Dresden. Nach dem Vorbild der Reichsorganisation der Orgeß wurden für Mannschaften und Führer Bestimmungen gegen Unfall oder Tod abgeschlossen, um sie in der Ausübung ihrer sogenannten Wehrpflichten im Kampfe gegen die sozialdemokratische Arbeiterherrschaft desto fester in der Hand zu haben. Der Oberlehrer und Generalkommandooffizier Ebersbach schloß diesen Versicherungsvertrag ab, beschaffte Kartenmaterial zu einem militärischen Aufmarsch und hielt überhaupt die ganze Verbindung mit Dresden aufrecht. Auf seinen Befehl wurden in der Geschäftsstelle des Bürgerrates „Wohlmachungsgelder“ in Höhe von 10000 Mark abgehoben und an die einzelnen Züge und Gruppen ausgeteilt. Angehörige des Deutschnationalen Schütztrübundes, der Buchdruckerlehre Köhler, der Ingenieur Otto Schurig, sind als militärische, bzw. zivile Leiter in der konterrevolutionären Organisation tätig.

Der Armeebefehl am Tage des Ausbruchs wird streng geheim gehalten und besteht in einer Zahl 4 plus Tagesdatum. Dieser Befehl fordert die sofortige Inmarschierung der Orgeßmitglieder und gilt als sogenannte Kriegsgeordnung. Als Marschziel war zunächst der Truppenübungsplatz in Zeithain angegeben. Es war ausdrücklich verboten, auf dem Marsche selbst Waffen mitzuführen, da das sächsische Industriegebiet als feindliches Gebiet zu betrachten sei und der Inmarsch einzeln in Zeithain zu erfolgen habe. Dieser Befehl wurde später dahingehend abgeändert, daß der Sammelplatz nicht mehr Zeithain, sondern nunmehr Frankenberg sei. In beiden Sammelagern hatte die dort stationierte Reichswehrformation die Bewaffnung und Ausrüstung übernommen. Es wurde ausdrücklich bei Ausrüstung des Armeebefehls vermerkt, daß auch das Reichswehrkommando in Frankenberg die Bewaffnung zur Ausnahme und Ausrüstung des Chemnitzer Bataillons übernommen habe. Gleichzeitig übermittelte der Bürgererrat der Orgeßleitung einen Betrag von 3000 Mk. zur Errichtung eines Verbindungsbüros, das beschlossgemäß Oberleutnant von Scheel einrichtete und bis Ende Juli ein Bataillon in Stärke von 3 Kompanien aufstellte.

Die Finanzierung der Orgeß in unserer Stadt geht vom Chemnitzer Bürgerrat aus. Der Finanzierungsausschuß des Bürgerrates ist gleichzeitig die Kassenverwaltung der Orgeß. Auf Anweisung der beteiligten Führer hat der Bürgererrat sofort die Gelder auszugeben. Die Deutschnationale Volkspartei und deren erster Vorsitzender, Justizrat Dr. Beutler, ließen klar erkennen, daß sie die Gründung mit Freunden begünstigten und mahnten nur zur Vorsicht, damit die Partei nicht belächelt werden könne. Später aber ließen diese Schenkungen weg und die Herren traten in enge Beziehung zu der Sache selbst. Als Zivilberater wurde in die Leitung der Orgeß der erste Vorsitzende der Volkspartei, Bauart Bach, hineingewählt. Der Generalsekretär Spangenberg der Deutschen Volkspartei hat die militärische Leitung. Die Verbindung mit der Sipo wurde durch zwei Offiziere der Sicherheitspolizei, Hauptmann Corradi und Leutnant Scholle, aufrechterhalten. Diese beiden im Dienst der Regierung stehenden Offiziere versicherten, daß drei Fünftel der Mannschaften auf Seiten der Orgeß ständen. Oberleutnant Scholle entwickelte einen Plan, im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung die andersdenkenden Angehörigen der Sipo zu entwaffnen und ihre sämtlichen Heeresgeräte in den Dienst der Konterrevolution zu stellen. Dieser Offizier der Sicherheitswehr entblödete sich nicht, Originalberichte